

falt und Einheit und dem Stand der diversen Dialoge der Anglikaner mit anderen Kirchen.

„Viele unserer Probleme sind heute ähnlich“, stellte ein ökumenisch gesinnter katholischer Beobachter in einem „offenen Brief“ an die Anglikaner fest (Edward Yarrolld SJ in: *The Tablet*, 18.7.98). „Bei uns drohen Unterdrückung und Zentralisierung... Bei euch kann die Freiheit leicht zur Anarchie werden“, schrieb Yarrolld, der als Theologe der katholisch-anglikanischen Kommission angehörte, die inzwischen einen toten Punkt erreicht hat.

Dem Leitartikler des *Tablet* zufolge habe die letzte Lambeth-Konferenz noch das den anglikanisch/römisch-katholischen Gesprächsergebnissen über die Kirche zugrundeliegende Modell einer den päpstlichen Primat anerkennenden Kirche betont, deren Teile in voller Abendmahlsgemeinschaft bewahren würden. Dann wurden anglikanischen Provinzen (zumal der der

Vereinigten Staaten) das Recht zugestanden, weibliche Bischöfe zu ernennen, trotz den dadurch für die Abendmahlsgemeinschaft entstandenen Auswirkungen und trotz katholischer Warnungen im Blick auf die angestrebte volle kirchliche Gemeinschaft. Yarrolld zufolge habe es sich als unmöglich erwiesen, die kürzlich zwischen Anglikanern und nordeuropäischen Lutheranern abgeschlossene Porvoo-Vereinbarungen mit den theologischen Grundprinzipien in Einklang zu bringen, zu denen die anglikanische Kirche sich bis dahin in ihren Gesprächen mit Rom bekannt habe. Die Anglikaner waren in den Porvoo-Abmachungen zwar bemüht, keinen Widerspruch in ihren Gesprächen mit der katholischen Kirche aufkommen zu lassen. Aber es sei wieder einmal unmöglich zu entscheiden, wer eigentlich theologisch für die anglikanische Kirche spreche.

Anglikanern, die sich durch die kriti-

sche Aufnahme des ARCIC-Final-Reports in der römisch-katholischen Kirche desavouiert und daher gerechtfertigt fühlten, Abmachungen mit anderen Kirchen einzugehen, hält Yarrolld vor, daß sie ihrerseits „mit ihrer rechten Hand nicht dem widersprechen dürften, was sie mit ihrer linken Hand tun. Keiner von uns kann sich heutzutage den Luxus erlauben, für sich allein der Welt gegenüberzutreten“.

Es scheint jedoch, daß die durch die Priesterweihe von Frauen entstandene, nun die Weihe von Frauen zu Bischöfen erfassende Trübung der Verständigung zwischen Katholiken und Anglikanern wieder auf das Hindernis von 1898 zurückgeworfen ist, das von den Theologengesprächen bereits als fast umgehbar angesehen werden konnte, nämlich die Verurteilung der damals durch Leo XIII. als „absolut null und nichtig“ bezeichneten anglikanischen Weihen. *R. H.*

# Hoffnung aus der Asche

## Religion und Politik in Nordirland

*Die Aussichten für den Frieden in Nordirland und eine Gesamtregelung der „irischen Frage“ stehen trotz Rückschlägen – wie zuletzt in Omagh – so gut wie noch nie in den letzten Jahrzehnten. Das irische Geflecht aus Geschichte, Religion und Politik beleuchtet für uns der Jesuit Brian Lennon (Armagh). Er ist Mitbegründer der irischen „Interchurch Group on Faith and Politics“ und Autor eines 1995 erschienenen Buchs über die Katholiken und die Zukunft Nordirlands.*

Ein Mitbruder, der im Juli in Paris war, sagte, daß Irland die Schlagzeilen aus zwei sehr unterschiedlichen Gründen beherrscht habe: zum einen weil die erste Etappe der *Tour de France* an der Ostküste zwischen Dublin und Cork in der Republik Irland stattfand. Die Radio- und Fernsehkommentatoren schwärmten von der Schönheit der Landschaft, und mein Freund dachte, das Irische Fremdenverkehrsamt müsse sie bezahlt haben!

Der zweite Grund war ernster: der Mord an drei Kindern, Jason (10), Mark (9) und Richard (8) Quinn, die in Ballymoney in der nordirischen Grafschaft Antrim verbrannten, als in der Nacht des 12. Juli ein Brandsatz in ihr Haus geworfen wurde.

Der Mord an den Kindern ereignete sich auf dem Höhe-

punkt der Drumcree-Krise. Dieses Problem stellt sich seit Jahren im Monat Juli ein und verursacht hohe Kosten. Die nordirische Wirtschaft verliert schätzungsweise 100 Millionen Pfund Sterling durch direkte Kosten und entgangene Einnahmen. Jedes Jahr marschieren Mitglieder des protestantischen Oranier-Ordens zur Kirche, vorgeblich um der Männer aus Ulster zu gedenken, die 1918 in der Schlacht an der Somme getötet wurden, und auf ihrem Rückweg versuchen sie, durch ein von katholischen Nationalisten bewohntes Viertel der Stadt zu marschieren.

1995 hat die Polizei, die *Royal Ulster Constabulary* (RUC), die nationalistischen Gegendemonstranten mit dem Versprechen, daß es der letzte Marsch dieser Art sein werde, dafür gewonnen, die Oranier marschieren zu lassen. 1996 hat



die RUC den Marsch umgeleitet, kapitulierte aber fünf Tage später angesichts der heftigen protestantischen Proteste und ließ die Oranier durch das Wohngebiet der Nationalisten marschieren. 1997 ließ die RUC nach wochenlangen Vermittlungsversuchen der Nordirlandministerin der neuen Labour-Regierung, *Mo Mowlam*, die Oranier erneut hindurchmarschieren. Dieses Jahr entschied die neugegründete Paraden-Kommission gegen die Oranier und die RUC setzte diese Entscheidung um.

## Ein Konflikt und seine zwei Lesarten

Es ist wichtig zu verstehen, warum Märsche wie dieser ein solches Problem sind. Ein Verständnis des zugrundeliegenden Konflikts erlaubt eine Antwort. Die traditionell *nationalistische Lesart* des Konflikts interpretiert ihn als eine koloniale Invasion Irlands durch Großbritannien. Diese Lesart verlagert den Beginn des Problems in das Jahr 1169, als die ersten Normannen auf der Insel landeten. (Wir Iren lieben unsere Geschichte!) Seitdem, so lauten die grobschlächtigeren Versionen der nationalistischen Geschichtsschreibung, haben irische Männer und Frauen kontinuierlich für Unabhängigkeit von den Eindringlingen gekämpft.

Diese Sicht hat zwar einen wahren Kern, ist aber stark vereinfacht. Um nur einen Punkt zu nennen: Die ersten Normannen kamen auf Einladung eines Iren nach Irland: *Der-mot MacMurrough*, der König von Leinster, war auf sie in seinen internen Auseinandersetzungen mit anderen irischen Herrschern als Unterstützung angewiesen. Und so sollte es auch in Zukunft sein: Innerirische Spaltungen wurden durch die Interessen unterschiedlicher britischer Gruppierungen verschärft.

Seit dem 17. Jahrhundert ist *Religion* ein ausschlaggebendes Kriterium für die irischen Grenzverläufe. Im 16. Jahrhundert gab es mehrere Siedlungen von englischen Soldaten, die von der britischen Regierung mit Land in Irland belohnt wurden; aber die Zahl derer, die kamen, war nicht groß genug, und die Gruppe der Neuankömmlinge vermischte sich bald mit den Iren durch Heirat. Die Ansiedlung im 17. Jahrhundert im Norden ist davon aus mehreren Gründen zu unterscheiden: Sie waren eine viel größere Gruppe, die durch eine steigende Einwanderung aus Schottland, die sich mehr oder weniger zeitgleich ereignete, noch vergrößert wurde, und sie rekrutierten sich aus allen gesellschaftlichen Schichten, nicht nur aus dem Adel. Deswegen gab es keine Eheschließungen zwischen ihnen und den Eingeborenen.

Religion war zunächst ein Faktor, um die Gruppierungen zu definieren. Dies ist sie auch noch heute, aber andere Faktoren – politische, ökonomische, soziale und historische – sind wichtiger. Sowohl die Unionisten (die größtenteils protestantische Gruppe, die die Einheit mit Großbritannien erhalten möchte) als auch die Nationalisten (die größtenteils katholische Gruppe, die traditionellerweise nach Unabhängigkeit strebt, aber ihre Forderungen in den vergangenen

Jahren modifiziert hat) fühlen sich als *Minderheit* – und dieses kann man gut verstehen. Die Nationalisten sind zwar immer noch eine Minderheit in Nordirland, aber ihre Zahl ist gestiegen, so daß sie jetzt ungefähr 42 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie wurden von 1920 – als Nordirland entstand – bis in die siebziger Jahre, als das von den Unionisten beherrschte Parlament in Stormont von der britischen Regierung abgeschafft wurde, diskriminiert.

Die Diskriminierung ging unter der direkten Herrschaft der britischen Regierung weiter, besonders im Bereich der Polizei und der Gerichte, aber es gab auch Verbesserungen, besonders beim Wohnungsbau.

Gleichwohl fühlen sich auch die Unionisten als eine Minderheit. Auf der gesamten irischen Insel machen Protestanten ungefähr 25 Prozent der Bevölkerung aus. Man könnte meinen, dies sei unwichtig, da die Irische Republik ein eigener Staat ist, aber die Unionisten waren aus mehreren Gründen beunruhigt:

- Der Süden beanspruchte, durch die Artikel 2 und 3 seiner Verfassung, die Hoheitsgewalt über den Norden (zumindest werden diese Klauseln von vielen so interpretiert).
- Die IRA hat viele Protestanten im Norden ermordet, besonders im Grenzgebiet. Dies erschien wie eine ethnische Säuberung.
- Die Anzahl der Katholiken im Norden wuchs weiterhin an.
- Viele Protestanten fürchteten die Katholische Kirche, die sie als eine internationale monolithische Gruppierung mit nur einem Ziel ansahen: Protestanten zu bekehren.

Man mag über diese letzte Ansicht lächeln, aber wenn wir auf eine Anzahl Karten von Irland aus den vergangenen zweihundert Jahren blicken würden, zeigten diese einen kontinuierlichen Rückgang der Anzahl, der Bedeutung und der politischen Macht von Protestanten auf der Insel als ganzer. Ebenso zeigten sie einen Rückzug von Protestanten in die nordöstliche Ecke der Insel. Dieser Trend hat sich in Nordirland seit 1969 als Reaktion auf die IRA-Angriffe fortgesetzt. Zum ersten Mal in der Geschichte bekam Belfast letztes Jahr einen katholischen Oberbürgermeister. Dies ist ein Anzeichen für das Ausmaß des von den Protestanten verlorenen Terrains. Die nordöstliche Ecke der Insel grenzt an die Irische See. Es ist deshalb nachvollziehbar, daß die protestantische Bevölkerung von Nordirland sich selbst als eine belagerte Gemeinschaft versteht.

Bei den Märschen in Portadown und anderswo geht es in Wirklichkeit um zwei verunsicherte Minderheiten, die um Raum und Sicherheit kämpfen. Der Oranier-Orden wurde 1775 in der Grafschaft Armagh während einer Welle der Gewalt zwischen Protestanten und Katholiken gegründet. Er tat sich immer dann hervor, wenn Protestanten sich bedroht fühlten. Das Bedürfnis der Oranier, in Portadown zu marschieren, ist ein Symptom dieser Unsicherheit. Reverend *Ian Paisley* sagte im Jahr 1996: „Wenn wir die Garvaghy Road nicht entlangmarschieren, ist die Reformation verloren!“ Erneut mag man darüber lächeln, aber: Paisley glaubt dies



tatsächlich. Ich mußte viele Jahre in Nordirland arbeiten (ursprünglich stamme ich aus dem Süden), um diese protestantischen Ängste ernst zu nehmen und sie zumindest bis zu einem gewissen Grad zu verstehen. Wenn die Oranier nicht marschieren dürfen, bedeutet dies für Paisley, daß ihre Freiheit von der Zustimmung der Nationalisten abhängt. Schlimmer noch, es kommt darauf an, von den Jesuiten eine Erlaubnis zu bekommen – weil wir Jesuiten nationalistische Bewohner unterstützt haben, die gegen die Märsche waren. Wenn dies die tatsächliche Situation wäre, hätte Paisley absolut Recht: Oranier haben ein Bürgerrecht, ihre religiösen und politischen Ideale zum Ausdruck zu bringen, und ein Recht zeichnet sich dadurch aus, daß man keine gesonderte Erlaubnis braucht.

---

### Der Oranier-Orden und seine Märsche

---

Was aber hinter Paisleys Äußerung stand, war der Glaube, den viele aus der protestantischen Gemeinschaft teilen, daß die bürgerliche und die religiöse Stellung der Unionisten in den kommenden Jahren weiter unterhöhlt werde, genauso wie es in den vergangenen dreißig Jahren der Fall war. Sich dem Marsch bei Drumcree entgegenzustellen bedeutete, den Ort zu markieren, an dem die Protestanten ihre letzte Stellung gegen die Erosion ihrer Freiheit bezogen. Vor diesem Hintergrund war es ein Kampf, den sie gewinnen mußten. Selbstverständlich sieht derselbe Sachverhalt völlig anders aus, wenn er aus der Perspektive der Nationalisten betrachtet wird. Wie sich Protestanten zutreffenderweise selbst als eine Minderheit auf der gesamten Insel sehen, sehen sich die Nationalisten als eine Minderheit in Nordirland, und besonders in Portadown. Von einer Gesamtbevölkerung von 24000 Bewohnern der Stadt sind ungefähr 8000 Katholiken. Sie werden weiterhin diskriminiert. Ich kenne eine Frau, die diesen Juli ihre Arbeit in einer großen Teppichfabrik aufgeben mußte, weil ihre protestantischen Arbeitskollegen sie eingeschüchtert haben. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 90 Prozent Protestanten, obwohl sich die Firmenleitung bemüht, dies zu ändern. Nationalisten beklagen, daß sie sich in der Innenstadt nicht sicher bewegen können: Sie können es mit Sicherheit nicht tun, wenn sie nationalistische Symbole tragen.

Als ein Beispiel verweisen sie auf den Mord an *Robert Hamill*, der von einer Gruppe Unionisten im April 1997 zu Tode geprügelt wurde. Während des Angriffs saßen vier Polizisten in einem Fahrzeug auf der anderen Seite der Straße und machten keine Anstalten einzugreifen. Die Polizei gab nachher eine Presseerklärung heraus, die besagte, daß dort zwei rivalisierende Gruppen beteiligt gewesen und einige ihrer eigenen Beamten beim Einsatz verletzt worden seien. Sie gaben später zu, daß dies eine Lüge war. Nationalisten argumentieren, es sei nicht in Ordnung, daß Oranier durch das Wohngebiet der Nationalisten marschieren dürfen, solange solche Diskriminierungen andauern.

Die *Church of Ireland* (die Anglikanische Kirche in Irland)

steht im Mittelpunkt des Streits um Drumcree. Der Gottesdienst der Oranier wird in deren Kirche gehalten, die Demonstrationen der Oranier finden jeweils dann auf dem Grund der Church of Ireland statt, wenn der Marsch umgeleitet wird, und viele Oranier sind Mitglieder der Kirche. Wenn sie dem Orden beitreten, schwören die Oranier, daß sie die verderblichen Irrtümer und Lehren der römischen Kirche eifrig bekämpfen und gewissenhaft römisch-katholischen Gottesdiensten und anderen Akten der Gottesverehrung fernbleiben und diese auch nicht unterstützen.

In den vergangenen Jahren hat sich der Primas der Church of Ireland, Erzbischof *Robin Eames* von Armagh, als Vermittler zwischen den beiden Seiten angeboten und die Kirche als in der Mitte zwischen zwei unversöhnlichen Gruppen festgefahren beschrieben. Die Kommentatoren haben die Church of Ireland nur zögerlich kritisiert. Für viele ist sie die Seite der Religion, die respektiert werden sollte. In den Medien gab es regelmäßige Verweise auf die „anständigen christlichen Oranier“ und Verwunderung darüber, daß der Orden die Proteste in Drumcree nicht absagte, als einige der Demonstranten Steine und Brandsätze auf die RUC warfen und sogar mit scharfer Munition schossen.

Die Verwunderung der Kommentatoren war verständlich, weil viele Oranier tatsächlich „normale anständige Christen“ sind, aber zugleich sind diese Oranier jahrelang durch Wohngebiete der Nationalisten von Nordirland marschiert, als andere Wege zur Verfügung standen. Meiner Meinung nach können diese Märsche ein *Ausdruck kultureller Verschiedenheit* sein, vorausgesetzt, es gibt ein gutes Verhältnis zwischen den Teilnehmern und den Menschen, die in dem Wohngebiet leben, durch das der Marsch verläuft. Wo es kein solches Verhältnis gibt, wie es in Portadown der Fall ist, sind sie eine Provokation. Mir scheint, daß sich die Church of Ireland vor Jahren von den Oranieren hätte distanzieren müssen.

Dies ist die eine Seite der Geschichte, aber es ist wichtig, andere Aspekte ebenfalls zu berücksichtigen. Sektierertum beschränkt sich offenkundig nicht auf die protestantische Gemeinschaft. Meine eigene römisch-katholische Kirche hat konfessionsverschiedenen Ehepaaren jahrelang Vorschriften auferlegt, die die religiösen Rechte der protestantischen Partner nicht geachtet haben. Was mich zweitens während der sechzehn Jahre, die ich in Portadown lebte, am meisten erzürnt hat, waren die Angriffe von katholischen Jugendlichen auf die wenigen Häuser von Protestanten im Gebiet. Drittens stammt die IRA mit ihrer destruktiven Gewalt aus dem katholischen Umfeld.

Viertens haben viele Kleriker der Church of Ireland versucht, Vorurteile der Oranier zu bekämpfen. Zu ihnen gehören *David Chillingworth*, mit dem ich während meiner Zeit in Portadown eng zusammengearbeitet habe, und *Tim Kinahan*, wie ich Mitglied der ökumenischen *Faith and Politics Group*. Reverend *David Montgomery* meint, daß der Oranier-Orden sein Recht verwirkt habe, eine christliche Organisation zu sein, wenn er durch Wohngebiete marschiert, während dies die Bewohner provoziert.



Innerhalb des Ordens selbst hat Reverend *William Bingham* – bevor die drei Kinder in Ballymoney ermordet wurden – die Demonstranten aufgefordert, die Proteste in Drumcree einzustellen, weil kein Marsch ein Menschenleben wert sei. Eine Gruppe Geistlicher der Oranier hat eine bewegende Entschuldigung abgegeben: „Wir erklären gegenüber der römisch-katholischen Gemeinschaft in Nordirland unsere tiefe Trauer, daß viele ihrer Mitglieder aus ihren Häusern vertrieben und mehrere ihrer Kirchen in Brand gesteckt wurden. Unser tiefe Scham über all dies, was angeblich im Namen des Protestantismus getan wurde, wird nicht durch die Tatsache gemildert, daß viele unserer eigenen Leute Opfer des Terrorismus sind. Der Anblick von Menschen, die versuchen, Polizisten und Soldaten zu verletzen oder zu töten, und das Einschüchtern der Familien von Polizisten hat Schande über die protestantische Gemeinschaft gebracht, besonders weil dies unter dem Vorwand geschah, den Protest des Bezirks Portadown gegen die Entscheidung der *Paraden-Kommission* zu unterstützen.“

Diese Erklärung beweist die andere Seite der Medaille in Nordirland: die der Hoffnung. Wenn sich Menschen für Fehlverhalten entschuldigen, ist die einzig angemessene christliche – und menschliche – Antwort Verzeihung. Aus der Asche von Jason, Mark und Richard Quinn möge der Samen der Versöhnung aufgehen, auch wenn dies ein ungeheuer hoher Preis ist. Damit dies geschieht, müssen die Oranier lernen, daß sie nicht marschieren können, wo immer sie wollen, ohne eine Beziehung mit den Nationalisten aufzubauen, und daß ihre Identität – gewandelt und geläutert – überdauern kann, sobald sie diese Beziehung hergestellt haben.

Die Nationalisten ihrerseits müssen lernen, daß sie nicht nur Opfer sind, daß Nationalisten den Unionisten schreckliches Leid zugefügt haben, wie auch sie selbst es erlitten haben, und daß unsere einzig mögliche Zukunft in Nordirland diejenige ist, in der wir zusammen arbeiten und beten. Es mag eine überraschende Behauptung im Schatten von Drumcree und Omagh sein, aber wir sind jetzt in einer sehr viel hoffnungsvolleren Phase in Nordirland als wir es jahrelang waren. Der Hauptgrund dafür ist der Fortschritt, der in den Friedensgesprächen erreicht wurde.

---

## Dank der Friedensgespräche in einer hoffnungsvollen Phase

---

Der Streit um die Märsche zeigt die Unsicherheit, die beide Gemeinschaften in Nordirland jeweils empfinden. Aber genauso wie ihre jeweilige Beziehung zueinander, hat jede Gemeinschaft eine ambivalente Beziehung zu einer äußeren Macht: die Unionisten zur britischen Regierung, die Nationalisten zur Dubliner Regierung. Die Unionisten sind auf die britische Regierung angewiesen, um ihre Stellung in Nordirland zu verteidigen und verübeln es, wenn die von ihnen geschätzte britische Regierung dies verweigert; die Nationalisten erwarten von der Dubliner Regierung, daß sie

unterstützt werden. Bis 1985 hatten beide Regierungen selbst ein schwieriges Verhältnis zueinander.

Die Entstehung der gegenwärtigen Friedensbewegung kann bis zur Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens in jenem Jahr verfolgt werden. Dieses war wichtig, weil es zu einer allgemein anerkannten Neubeschreibung des Konflikts führte: Es war nicht länger einfach ein koloniales Problem der irischen Regierung und ein inneres Problem der britischen Regierung. Vielmehr akzeptierten beide Seiten die These der doppelten Minderheit, die das Problem der Märsche veranschaulichte. Indem es die Beziehung zwischen London und Dublin auf eine neue und positive Grundlage stellte, fügte das anglo-irische Abkommen dem Eintopf schlechter Beziehungen eine grundlegend neue Zutat hinzu.

Ein wichtiger Grund für die Veränderung der Beziehung zwischen London und Dublin war, daß beide im Jahr 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten sind. Das Abkommen kam zwölf Jahre danach zustande. Ökonomische, soziale und ideologische Bedürfnisse bestimmten die Notwendigkeit eines Wechsels.

Das anglo-irische Abkommen veränderte nicht nur die Beziehung zwischen den beiden Regierungen, es initiierte auch die Ereignisse, die zu dem Friedensabkommen in diesem Jahr führten. Innerhalb der IRA haben einige angefangen zu akzeptieren, daß die britische Regierung nicht das einzige Problem war und die Unionisten ernster genommen werden müßten. *John Hume* von der nationalistischen Partei SDLP überzeugte *Gerry Adams* von *Sinn Fein* davon, daß Gewalt nicht zum Ziel führt. Der protestantische Klerus traf sich im Geheimen mit Mitgliedern von Sinn Fein und überzeugte sie davon, daß die Unionisten an der Verpflichtung, Teil des Vereinigten Königreichs bleiben zu sollen, selbst festhalten und diese nicht etwas ist, das ihnen von Großbritannien aufgezwungen wurde.

Zur gleichen Zeit nahm es das Ausmaß der Gewalt von Loyalisten, der angeblich teilweise von den britischen Sicherheitskräften nachgeholfen wurde, mit dem Ausmaß der Gewalt der IRA auf. Präsident *Clinton* spielte eine überaus wichtige Rolle, weil er der IRA versprach, daß er faire Forderungen nach Gleichheit unterstützen wolle. Zum ersten Mal war die IRA davon überzeugt, daß sie möglicherweise von einer britischen Regierung Gerechtigkeit erhalten und in Zukunft mit gewaltfreien Mitteln für ihr Ziel eines Vereinigten Irlands arbeiten könnten. Auf der Seite der Loyalisten traten neue politische Führer wie *Davvy Ervine* und *Billy Hutchinson* auf, die gesehen hatten, wie die protestantische Arbeiterklasse in der Vergangenheit von Ian Paisley mißbraucht wurde, und die entschlossen waren, sich in Zukunft nicht so mißbrauchen zu lassen.

All dies war wichtig. Aber es gab einen entscheidenden Faktor beim Abschluß des Abkommens vom 10. April diesen Jahres: die neue britische Regierung unter *Tony Blair*. Blair haften nicht wie *Margaret Thatcher* Restbestände des Imperialistischen an, sein Stil war es, mehr auf Konsens als auf unumschränkte Macht aus zu sein, und er hatte eine große



Mehrheit im Unterhaus. Persönlich wohnte er den Verhandlungen an den letzten drei Tagen bei. Seine Gegenwart reichte zusammen mit mehreren mitternächtlichen Telefonanrufen von Präsident Clinton aus, um fast alle Parteien, Nationalisten und Unionisten, zur Zustimmung zu bewegen. Die Ausnahmen waren Ian Paisleys *Democratic Unionist Party*, und die kleineren *UK Unionists*, deren Vorsitzender *Robert McCartney* ist, und ein anderes prominentes Mitglied *Conor Cruise O'Brian*, der früher ein Mitglied der Labour-Regierung im Süden war. Das Abkommen war ein wunderbarer Moment: Jahrelang mußte man auf es warten, aber nichtsdestoweniger war die Stunde der Geburt großartig.

Das Abkommen ist ein kompliziertes Dokument, aber sein Kern ist schlicht: Keine politischen Entscheidungen dürfen ohne eine Mehrheit von beiden, Nationalisten und Unionisten, gefällt werden. Es richtete eine Versammlung in Nordirland mit Nord-Süd-Strukturen ein, innerhalb derer Abgeordnete der Versammlung mit der Dubliner Regierung zusammenarbeiten werden. Diese Strukturen werden noch einige Monate ausgesetzt, aber wenn sie Gültigkeit besitzen, werden die meisten aller politischen Entscheidungen in Nordirland von dieser Versammlung getroffen werden. Bereiche wie das Polizeiwesen bleiben dem Parlament in London vorbehalten. Alle Parteien verurteilten die Anwendung von Gewalt zur Erlangung weiterer politischer Ziele.

Es gab mehrere Hürden bei der Umsetzung des Abkommens. Eine war das Referendum am 22. Mai, aber 71 Prozent der Bevölkerung von Nordirland und fast 95 Prozent der Bevölkerung des Südens entschieden sich zu seinen Gunsten. Das ergibt für die ganze Insel ein Ergebnis von 85 Prozent Zustimmung. Eine zweite waren die Wahlen zur Versammlung, die im Juni abgehalten wurden. Die Frage war hier, wie viele

Unionisten *David Trimble*s Pro-Haltung unterstützen würden. Schließlich erhielt er eine schwache Mehrheit, die aber ein sinnvolles Arbeiten erlaubt. Eine dritte Hürde war der Marsch der Oranier in Drumcree. Zwischenzeitlich war nicht auszuschließen, daß der Oranier-Orden 85000 Leute aufrufen könne, um nach Drumcree zu marschieren. Dies war viele Jahre lang für eine Reihe britischer Regierungen eine Herausforderung. In diesem Jahr blieb die britische Regierung zum ersten Mal unnachgiebig. Aber ihre Aufgabe wäre viel schwieriger gewesen, hätte es nicht den Mord an Jason, Mark und Richard Quinn und die daraus folgende Unruhe gegeben, die innerhalb des Oranier-Ordens entstand.

Noch ist nicht alles gewonnen. Im Juli warfen Dissidenten der Republikaner in einige Geschäfte in Portadown Bomben. Anfang August zündeten sie eine 500 Pfund schwere Bombe in Banbridge und zerstörten außerdem einige Geschäfte in Belfast. Sogenannte Straffaktionen werden weiterhin sowohl von Republikanern als auch von Loyalisten durchgeführt – mehr als 50 auf jeder Seite alleine in diesem Jahr. Durch einen Autobombenanschlag der „Real-IRA“ in Omagh kamen Mitte August 28 Menschen ums Leben, 220 Menschen wurden verletzt.

Die Reform der RUC ist eine große Streitfrage. Der Oranier-Orden und die nationalistischen Anwohner sind sich mit Blick auf Drumcree noch nicht einig, aber die *Apprentice Boys* – eine den Oranieren vergleichbare Gruppe – und örtliche Anwohner konnten sich über einen Marsch in Derry einigen. Die Kirchen bleiben getrennt. Aber überall sieht die Zukunft für Nordirland freundlicher aus als zu irgendeinem Zeitpunkt in den vergangenen dreißig Jahren. Vielleicht kommt bald der Tag, an dem wir Iren lieber Frieden schließen als Krieg führen.

*Brian Lennon*

## „Flexibel reagieren können“

Ein Gespräch mit dem Unternehmer Oskar D. Biffar

*An Existenzgründer und „neue Unternehmer“ werden derzeit hohe Erwartungen herangetragen; nicht zuletzt die Hoffnung, daß sie neue Arbeitsplätze schaffen. Über den viel beschworenen Unternehmergeist, die Rolle des Unternehmers und eine neue Unternehmenskultur sprachen wir mit Oskar D. Biffar, Seniorchef des gleichnamigen Unternehmens, das Türen herstellt. Mit 220 Mitarbeitern im Werk und weiteren 180 Mitarbeitern in der Vertriebsorganisation erwirtschaftet es einen jährlichen Außenumsatz von 115 Millionen Mark. Biffar ist Mitglied des Vorstandes des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU). Die Fragen stellte Alexander Foitzik.*

**HK:** Herr Biffar, Unternehmer braucht das Land, fordern Politiker quer durch fast alle Parteien. Daneben findet sich in der Öffentlichkeit jedoch auch das Bild vom Buhmann, der nur den Gewinn seines Unternehmens im Blick hat und diesen mit schonungsloser Rationalisierung, Massenentlassungen und fehlender Steuermoral zu maximieren versucht.

Wie geht ein mittelständischer Unternehmer mit solchen Erwartungen um?

**Biffar:** Das Bild des Unternehmers in unserer Gesellschaft ist sicherlich zwiespältig, mal positiver mal negativer besetzt. Aufschlußreich dazu sind verschiedene Untersuchungen, bei